

Hartz-IV-Debatte und liberales Bürgergeld: Fragen und Antworten

Die Debatte über Hartz IV reißt nicht ab. Andrea Nahles und Robert Habeck haben Vorschläge veröffentlicht, die eine Abkehr vom erfolgreichen Prinzip des Förderns und Forderns vorsehen. Solidarität darf aber keine Einbahnstraße sein. Deshalb fordert die FDP-Fraktion mit dem liberalen Bürgergeld ein Update von Hartz IV. Wir wollen lästige Bürokratie abbauen, das Schonvermögen angemessener ausgestalten sowie die Hinzuverdienst-Regelungen attraktiver machen. Zu den Unterschieden zwischen den Vorschlägen von SPD und Grünen sowie dem liberalen Bürgergeld beantworten wir die wichtigsten Fragen.

Wie äußern sich Nahles und Habeck in der Debatte?

Die Vorschläge von Andrea Nahles sind sehr vage. Klar wird zumindest, dass es keine Zusammenlegung und Vereinfachung von Sozialleistungen geben soll, sondern wieder mehr sogenannte einmalige Bedarfe wie zum Beispiel für die Anschaffung eines neuen Kühlschranks. Sanktionen will Nahles zwar behalten, sagt aber gleichzeitig, dass diese nur bis zum Existenzminimum gehen dürfen. Zudem nutzt sie den Begriff Bürgergeld. Ihr Konzept meint jedoch das Gegenteil dessen, was seit langem unter dem Begriff des liberalen Bürgergelds der Freien Demokraten verstanden wird, nämlich die Bündelung verschiedener Sozialleistungen. Robert Habeck möchte eine bedingungslose Garantiesicherung schaffen und damit das Prinzip Fördern und Fordern aufgeben. Stattdessen sollen Sozialleistungen auch an diejenigen gezahlt werden, die nicht arbeiten wollen, obwohl sie könnten. Diese Garantiesicherung soll vollständig auf Sanktionen verzichten.

Was ist das Problem an den Vorschlägen?

Die Fixierung auf Sanktionen geht an den eigentlichen Problemen komplett vorbei. Rund 97 Prozent der Grundsicherungsempfänger erhalten überhaupt keine Sanktionen vom Jobcenter. Das zeigt, dass Sanktionen offenbar sehr maßvoll eingesetzt werden. Zudem ist es zutiefst ungerecht, hohe Steuern von hart arbeitenden Normalverdienern zu verlangen und gleichzeitig von Empfängern steuerfinanzierter Sozialleistungen nicht zu erwarten, an der Verbesserung ihrer Lage mitzuwirken. Habeck nennt seinen Vorschlag „bedarfsgerecht und bedingungslos“. Somit bewegt er sich in Richtung bedingungsloses Grundeinkommen. Dahinter steht die pessimistische Annahme, uns würde im Zuge der Digitalisierung die Arbeit ausgehen. Dagegen spricht jedoch alle Forschung und Erfahrung. Den Menschen wird wider besseren Wissens Angst gemacht, ihr Arbeitsplatz fiele weg.

Was kostet Habecks Modell und wie soll es finanziert werden?

Das Konzept wäre mit zusätzlichen Kosten von 30 Milliarden Euro pro Jahr verbunden. Der bisherige Etat für die Grundsicherung müsste also nahezu verdoppelt werden. Wo das Geld herkommen soll, dazu macht Habeck keine genaueren Angaben. Er hat aber eingeräumt, dass zur Finanzierung die Steuern erhöht werden sollten. Um das Konzept zu finanzieren, müsste man die Unternehmenssteuer in etwa verdoppeln, den Solidaritätszuschlag um mehr als 150 Prozent ausweiten oder die Mehrwertsteuer um fast drei Prozentpunkte erhöhen. All das hätte fatale Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Sicherheit der Arbeitsplätze im Land.

Was ist das Konzept der FDP-Fraktion?

Wir wollen das Prinzip Fördern und Fordern beibehalten, allerdings Hartz IV zu einem liberalen Bürgergeld weiterentwickeln. Teil dessen sind auch einzelne Aspekte aus der Hartz-IV-Debatte, die die Freien Demokraten schon lange fordern. Die wesentlichen Kernforderungen sind: Erstens, Bürokratie abbauen. Eine stärkere Pauschalierung und Bündelung der zahlreichen existenzsichernden Sozialleistungen - wie zum Beispiel Arbeitslosengeld II, Kosten der Unterkunft, Wohngeld oder Kinderzuschlag - würde sowohl Bürger als auch Verwaltung entlasten. Das ist notwendig, damit sich die Menschen nicht mehr im Dschungel verschiedener Sozialleistungen verirren, jede Behörde auf die Zuständigkeit der nächsten verweist oder die Bürger von Amt zu Amt geschickt werden. Zweitens, Würde wahren. Eine maßvolle Erhöhung des Schonvermögens würde helfen, um betroffene Antragsteller und insbesondere ältere Arbeitslose davor zu schützen, den ersparten Altersvorsorge-Vertrag kündigen oder die erarbeitete Eigentumswohnung verkaufen zu müssen. Eigenverantwortung muss belohnt und darf nicht bestraft werden. Drittens, deutlicher auf Chancen setzen. Attraktivere Hinzuverdienst-Regelungen, die den Menschen besser als heute ermöglichen, sich durch mehr Arbeit Schritt für Schritt aus der Abhängigkeit des Staates heraus zu arbeiten. In manchen Konstellationen kann es heute sogar passieren, dass ein Mehr an Verdienst zu einem Weniger an Einkommen führt. Das ist absurd und demotivierend und muss dringend geändert werden. Von zusätzlich verdienten Euros müssen Betroffene auf dem Weg aus der Grundsicherung spürbar etwas haben. Ein guter Sozialstaat sollte Anstrengung immer auch anerkennen.